

# Das Werte- und Entwicklungsquadrat – ein Ansatz zum Erkennen und Verstehen von politischen Konflikten

*Karin B. Schnebel*

### **Zusammenfassung**

So untrennbar Politik mit Konflikten verbunden ist, so groß ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Unverständnis für das Wesen von Konflikten in der Politik. Weit verbreitet ist beispielsweise die naive Vorstellung, Politik müsse Konflikte immer dauerhaft „lösen“ und damit letztlich zum Verschwinden bringen. Deshalb und auch aufgrund der häufig negativen Konnotationen mit dem Begriff Politik, ist die Thematisierung von und die Auseinandersetzung mit Konflikten für die politische Bildung bedeutsam, aber auch herausfordernd. Ein bislang noch wenig beachteter vielversprechender Ansatz zum Erkennen und Verstehen von politischen Konflikten ist die Betrachtung von Dilemmata mit Hilfe des sogenannten Werte- und Entwicklungsquadrates.

## 1. Konflikt als zentrale Kategorie in der Politikwissenschaft und in der politischen Bildung

Als Konflikt kann man „jede Beziehung von Elementen bezeichnen, die sich durch objektive (latente) oder subjektive (manifeste) Gegensätzlichkeiten kennzeichnen lässt (sic!)“ (Dahrendorf 1963, S. 201). Diese Gegensätzlichkeiten können sich auf unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse oder Werte beziehen. Konflikte spielen im alltäglichen privaten Leben ebenso eine Rolle wie im politischen öffentlichen Leben. Konflikte in der Politik hängen vielfach mit den grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Lebens zusammen, nämlich, „wie wir unser Zusammenleben in Gesellschaften gestalten und regeln sollen und wie wir das so tun können, dass Freiheit für alle möglich ist“



**Dr. Karin Schnebel**

Forschungsleitung des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München

(Sander 2007, S. 9). Politische Konflikte sind unvermeidbar, sie können problematische Konsequenzen aber auch positive Wirkungen haben, da durch sie – im Falle der konstruktiven Auseinandersetzung – Entwicklung auf allen Ebenen der Gesellschaft und der Politik entstehen kann (vgl. Dahrendorf 1963; Bonacker 2009). Der Friedens- und Konfliktforscher Bonacker: „Im Kern lautet ... das konflikttheoretische Argument, dass Konflikte unter bestimmten Bedingungen eine wichtige Funktion für Individuen, Gruppen und Gesellschaften haben“ (Bonacker 2009, 13).

In der Politischen Bildung gehört das Ziel, zur konstruktiven Auseinandersetzung mit Konflikten zu befähigen zum Kernbestand des Selbstverständnisses. Dies ist spätestens seit der pädagogischen Auseinandersetzung mit der soziologischen Konflikttheorie von Ralf Dahrendorf durch Hermann Giesecke der Fall (Reinhardt 2005, S. 76). Implizit findet sich diese Zielvorstellung beispielsweise im Beutelsbacher Konsens von 1976 wieder; sei es im Kontroversitätsgebot, das vermittelt, dass unterschiedliche Auffassungen in der Demokratie etwas „normales“ sind. Oder auch im Gebot der Schülerorientierung – besser als Interessensorientierung bezeichnet –, das betont, dass das Eintreten für eigene Interessen auch dann legitim ist, wenn andere gegensätzliche Interessen haben (Wehling 1977). Auch in dem Vorschlag der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) für nationale Bildungsstandards (GPJE 2004) ist der Bezug auf Konflikte in den Zielformulierungen zu finden. Dies ist selbstverständlich bei der politischen Urteilsfähigkeit der Fall, in der es ausdrücklich um die Kompetenz geht, auch politische Konflikte unter Sach- und Wertaspekten zu analysieren und reflektiert beurteilen zu können (GPJE 2004, 13). Auch wird bei der politischen Handlungsfähigkeit auf Konflikte eingegangen, wo es u.a. darum geht, „in politischen Kontroversen konfliktfähig“ zu sein (GPJE 2004, 17). Nicht zuletzt ist heute die Konfliktorientierung auch bei den fachdidaktischen Prinzipien fest verankert (vgl. z.B. Reinhardt 2005, S. 76-92)

Fachdidaktiker betonen jedoch, dass bei vielen Bürgern der Begriff Konflikt ausgesprochen negativ konnotiert ist (vgl. z.B. Sutor 2011; Detjen 2012). Das hat problematische Folgen, beispielsweise stimmen in der von Heinz-Hermann Krüger und Sibylle Reinhardt durchgeführten Sachsen-Anhalt-Studie 2/3 der befragten Schülerinnen und Schüler der folgenden Aussage zu: „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen“ (Reinhardt 2009, 121). Derselben Aussage stimmen in einer schriftlichen Befragung von Lehramtsstudenten fast 60% der Studierenden zu (Boeser-Schnebel 2014). Neben derartigen Fehlverständnissen folgt als Konsequenz aus der negativen Bewertung von Konflikten etwas, was der Fachdidaktiker Sutor pointiert beschreibt: „Der brave Bürger mag keinen Streit. Weil aber in der Politik ständig gestritten wird, mag er eben diese nicht“ (Sutor 2011, 25).

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach geeigneten didaktischen Instrumenten für eine realistische Einschätzung der Bedeutung von Konflikten und für die Befähigung zum Umgang mit Konflikten nach wie vor bedeutsam.

## 2. Die Betrachtung von Konflikten mit dem Werte- und Entwicklungsquadrat

Politikwissenschaftler sind es gewohnt, dass sich viele politische Probleme nicht durch einfache Entscheidungen lösen lassen, sondern dass Politik oftmals mit Dilemmata zu tun hat, die prinzipiell unlösbar sind. „Dilemma“ kommt aus dem Griechischen und

bedeutet „Doppelgriff“, also eine schwierige Wahl zwischen zwei gleichwertigen Dingen. Um einen Konflikt zu „lösen“, müsste man also zwei Seiten berücksichtigen, die miteinander jedoch unverträglich sind (Meyer 1999). Auch in der Fachdidaktik wird der Dilemmabegriff verwendet und ähnlich definiert:

„Unter einem Dilemma versteht man eine bipolare Entscheidungssituation, in der die beiden Handlungsalternativen ungefähr gleich wichtige Werte implizieren. ... Eine Entscheidung führt zwangsläufig dazu, dass eine Handlungsalternative verworfen und damit der entsprechende Wert verletzt wird“ (May 2007, S. 49).

Nun gibt es ein Modell, das weder für die Politikwissenschaft noch für die Fachdidaktik bislang umfassend genutzt wird. Dieses Modell stammt aus der Kommunikationspsychologie und betrachtet die Unlösbarkeit von Dilemmata nicht als Problem, sondern als Chance. Es handelt sich um das sogenannte Werte- und Entwicklungsquadrat.<sup>1</sup> Der hier zentrale Begriff „Wert“ kann mit der soziologischen Werteforschung folgendermaßen definiert werden:

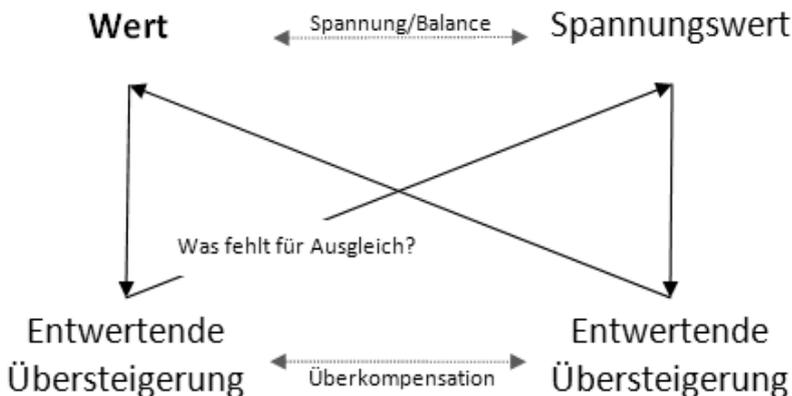
„Ein Wert ist eine explizit gemachte oder implizit gelassene Auffassung vom Wünschenswerten, die für ein Individuum oder für eine Gruppe kennzeichnend ist und die Auswahl verfügbarer Handlungsweisen sowie der Handlungsmittel und -ziele beeinflusst“ (Thome 2005, S. 389).

Die Prämisse oder auch der Kerngedanke des Werte- und Entwicklungsquadrats lautet:

„Um den dialektisch strukturierten Daseinsforderungen zu entsprechen, kann jeder Wert (jede Tugend, jedes Leitprinzip, jedes Persönlichkeitsmerkmal) nur dann zu einer konstruktiven Wirkung gelangen, wenn es sich in *ausgehaltener Spannung* zu einem positiven Gegenwert, einer ‚Schwestertugend‘, befindet. Statt von ausgehaltener Spannung läßt [sic!] sich auch von *Balance* sprechen. Ohne diese ausgehaltene Spannung (Balance) verkommt ein Wert zu seiner ‚Entartungsform‘ ... - oder sagen wir lieber: zu seiner *entwertenden Übertreibung*“ (Schulz von Thun 2001, S. 38. Hervorhebung im Original).

Beispielsweise ist Sparsamkeit nur so lange eine Tugend, wie sie kombiniert ist mit der Schwestertugend Großzügigkeit. Sparsamkeit alleine würde zum Geiz entarten, Großzügigkeit zur Verschwendungssucht. Darstellen lässt sich die Systematik des Werte- und Entwicklungsquadrats wie folgt (siehe Abb. 1):

Abbildung 1: Die Systematik des Werte- und Entwicklungsquadrats



Zur Erläuterung: Der Wert Sparsamkeit ist nur dann „wertvoll“, wenn er in Balance mit seinem Spannungswert, also der Großzügigkeit, gelebt wird. Je nach Situation ist entweder eine stärkere Orientierung am Wert oder am Spannungswert (am positiven Gegenwert) angemessener. So wird beispielsweise bei der Weihnachtskollekte eine Spende von nur 50 Cent nicht als „sparsam“ bezeichnet werden und ein Catering im Rahmen eines Universitätsseminars, auf dem Champagner und Feinkost serviert werden, nicht als „großzügig“. Vielmehr landet man in beiden Fällen bei der entwertenden Übersteigerung, also dem Geiz beziehungsweise der Verschwendung. Im Falle einer entwertenden Übersteigerung, also wenn einem Geiz oder Verschwendung vorgeworfen werden, liegt die Lösung darin, sich am gegenüberliegenden Wert zu orientieren, der für den Ausgleich benötigt wird. Es geht um eine Entwicklung, die den gegenüberliegenden Gegenpol berücksichtigt, ohne jedoch wiederum diesen absolut zu setzen. Das grundsätzliche Spannungsfeld, der Konflikt, bleibt also in jedem Fall bestehen.

Die Idee zu dieser Gegenüberstellung hatte ursprünglich der Philosoph Nicolai Hartmann (1882-1950), der sich dabei auch auf die Nikomachische Ethik von Aristoteles bezieht. Aufgegriffen und weiter entwickelt wurde der Ansatz von einem Schüler Hartmanns, dem Psychologen Paul Helwig (1936).<sup>2</sup> Populär wurde das Instrument schließlich durch den Kommunikationspsychologen Schulz von Thun (Schulz von Thun 2001).

Im Folgenden sollen nun in verschiedenen Bereichen der Politischen Wissenschaft typische „Dilemmata“ aufgezeigt und mit Hilfe des Werte- und Entwicklungsquadrates veranschaulicht werden. Darauf aufbauend soll das Potential einer derartigen Betrachtungsweise für die politische Bildung untersucht werden.

### 3. Dilemmabetrachtung mit dem Werte- und Entwicklungsquadrat in der Politikwissenschaft

Aus der Politischen Wissenschaft werden exemplarisch zwei Probleme aus unterschiedlichen Bereichen behandelt. Erstens das Thema Minderheitenkonflikte in Europa, welches ein aktuelles Thema auf der policy-Ebene ist. Und zweitens das Thema der Gerechtigkeit als Problemstellung aus der Politischen Theorie, das zugleich das Minderheitenthema auf eine sehr grundlegende Problematik hin zuspitzt.

#### 3.1 Das Dilemma im Umgang mit Minderheiten in Europa

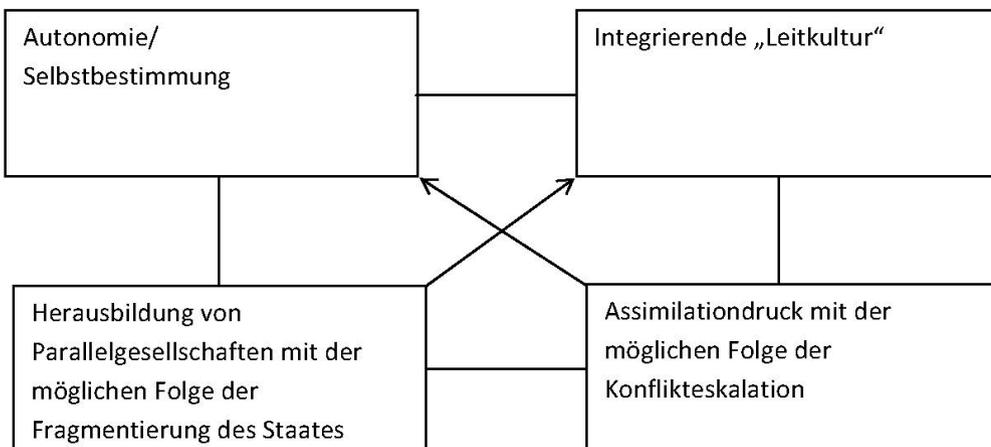
Wenn man von Minderheiten in Europa spricht, unterscheidet man zum einen die nationalen Minderheiten, also Minderheiten, die innerhalb des Staates, zu dem sie formal gehören, auf ihrem eigenen Territorium leben und daher in den Genuss des Minderheitenschutzes kommen. Diese nationalen Minderheiten haben Sonderrechte und teilweise auch eine weitgehende Autonomie. Davon differenziert man nun zum anderen die Einwandererminderheiten, die in die Gunst des Minderheitenschutzes nicht kommen. Sie besitzen zwar in manchen Fällen die Möglichkeit, einzelne Sonderrechte zu erhalten, können jedoch ihre eigene Kultur nicht gleichermaßen pflegen.

In beiden Fällen sind politische Entscheidungen mit dem Dilemma konfrontiert, darüber entscheiden zu müssen, wie viel Selbstbestimmung den jeweiligen Minderheiten zugesprochen werden kann oder im Unterschied dazu, welche Bedeutung und mit welcher Begründung eine integrierende „Leitkultur“ für den Zusammenhalt der Gesellschaft beziehungsweise des Staates notwendig ist. Ziel ist es, sowohl Autonomie

und Selbstbestimmung als auch eine maximale Identifikation der Bürger mit ihrem Staat, in dem sie wohnen, zu gewährleisten. Nun kämpfen nationale Minderheiten um Selbstbestimmung, beziehungsweise um möglichst weitgehende Autonomie „ihres“ Territoriums, die ihnen in den meisten europäischen Staaten auch in hohem Maße zugestanden wird. Einwandererminderheiten hingegen versuchen die Eigenheiten ihrer Kultur, Ethnie, Sprache oder Religion in einem ihnen kulturell fremden Staat weiterzuführen und fühlen sich unter hohem Anpassungsdruck an die Mehrheitsgesellschaft (vgl. Schnebel 2003).

Die damit verbundenen Konflikte sollen hier mit Hilfe des Werte- und Entwicklungsquadrats verdeutlicht werden. Da die grundlegende Problematik bei nationalen Minderheiten und Einwandererminderheiten sehr ähnlich ist, lässt sich die Problematik wie folgt darstellen (siehe Abbildung):

Abbildung 2: Werte- und Entwicklungsquadrat zum Umgang mit nationalen Minderheiten und Einwandererminderheiten



Politik und Gesellschaft befinden sich also im Spannungsfeld zwischen der Gewährung von Autonomie beziehungsweise einem gewissen Grad an Selbstbestimmung und einer die Minderheit integrierenden „Leitkultur“. Gelingt es der Politik nicht, hier eine Balance zwischen diesen beiden Werten herzustellen, droht entweder die Herausbildung von Parallelgesellschaften mit der möglichen Folge einer Fragmentierung des Staates oder aber ein Assimilationsdruck, was bei Teilen der jeweiligen Minderheiten zu einer Radikalisierung und damit zur Eskalation der Konflikte führen könnte.

Warum ist es für Minderheiten so wichtig, ihre eigenen kulturellen Ausprägungen leben zu können? Charles Taylor (1997) begründet dies in seinem Buch „Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung“ wie folgt:

Eine besondere Behandlung sowohl für nationale Minderheiten als auch für Einwandererminderheiten ist demnach notwendig, damit die betroffene unterdrückte Gruppe aus ihrem eigenen negativen Selbstbild herauskommen kann und somit Anerkennung erhält, was für die Individuen in der jeweiligen Minderheit die Voraussetzung für deren Entwicklung ist.

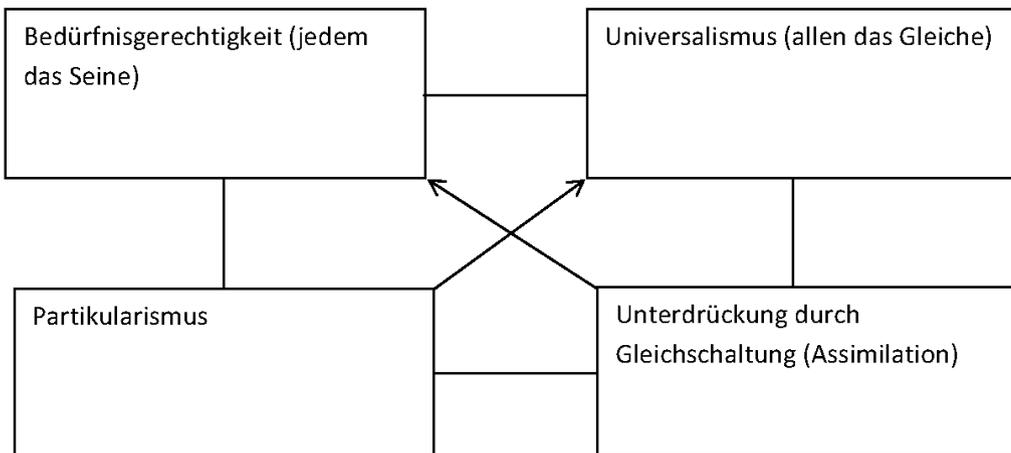
Nun ist die Problematik insbesondere bei Einwandererminderheiten, dass je mehr sie ihre eigene Kultur durch Sonderrechte pflegen können, sie ihre Einstellungen und

Ansichten umso weiter von denjenigen der Mehrheitskultur entfernen. Dies birgt großes Konfliktpotential, welches immer mehr zum Problem wird, je größer der Unterschied zwischen beiden Konfliktpartnern wird. Verstärkt wird eine solche Entwicklung dadurch, dass die Einwandererminderheiten mehr oder weniger verstreut innerhalb der Mehrheitskultur leben und auch deren Infrastruktur nutzen, im Unterschied zu den nationalen Minderheiten, die ein eigenes Territorium bewohnen, meist zumindest in Teilen eine eigene Verwaltung und manchmal sogar eigene Schulen unterhalten und daher die Differenzen nicht Tag für Tag aufeinanderreffen.

Wenn nun Einwandererminderheiten mehr Selbstbestimmung erhalten würden, würde es möglicherweise immer schwieriger werden, Regelungen für die dadurch immer stärker auftretenden Konflikte zu finden, da die verschiedenen Gemeinschaften permanent aufeinanderreffen. Durch die Vergrößerung der Gegensätze der verschiedenen Gruppen wird eine Lösung oder auch eine politische Regelung für die Konflikte immer komplexer.

Diese Problematik lässt sich mit einem Werte- und Entwicklungsquadrat verdichten (siehe Abbildung 3):

Abbildung 3: Werte- und Entwicklungsquadrat zur grundlegenden Problemstellung im Umgang mit Minderheiten



Es besteht ein grundsätzliches Spannungsfeld, zwischen der Anerkennung von speziellen Bedürfnissen von Gruppen auf der einen Seite und der Vorstellung, Gerechtigkeit durch Gleichheit zu ermöglichen, auf der anderen Seite (vgl. hierzu auch Schnebel 2014).

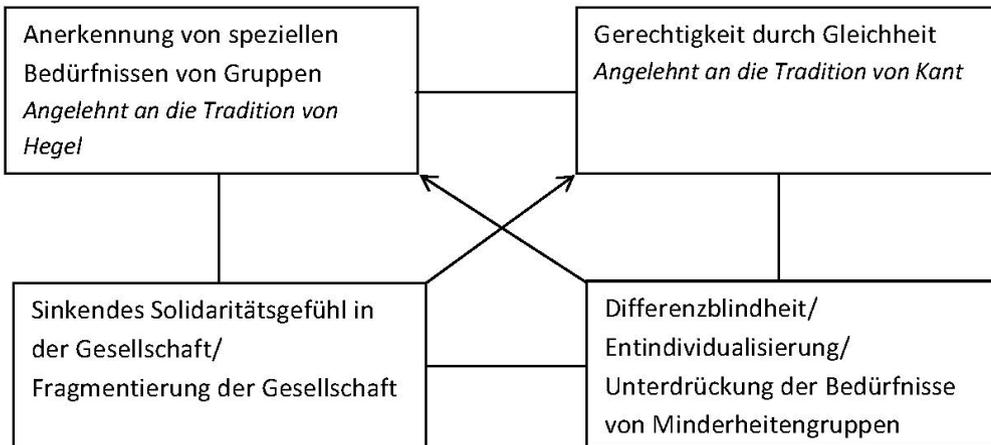
### 3.2 Das Dilemma der Gerechtigkeit auf theoretischer Ebene

In dem gerade angesprochenen Spannungsfeld lässt sich gut mit den Gerechtigkeits- und Anerkennungstheorien argumentieren. Auf der einen Seite gibt es hier die Gerechtigkeitstheorien oder auch egalitaristischen Theorien und auf der anderen Seite die Anerkennungstheorien oder auch kommunitaristischen Theorien, die beispielsweise kulturelle Unterschiede und dadurch erwünschte Sonderrechte gewähren würden.

Während die erstgenannten davon ausgehen, dass ein gerechter Staat zur Voraussetzung hat, dass es für alle die gleichen Rechte gibt (so Rawls 1972), gehen Anerkennungstheorien oder auch kommunitaristische Theorien davon aus, dass ein Staat nicht für alle die gleichen Regeln gelten lassen kann, da insbesondere Minderheitengruppen ihr negatives Selbstbild nur über die Anerkennung ihrer eigenen kulturellen Eigenheiten durch die Mehrheitsgesellschaft überwinden können (siehe oben). Taylor spricht davon, dass es, um Minderheiten anzuerkennen, sogar einer umgekehrten Diskriminierung bedürfe (Taylor 1997). Für Anerkennungstheoretiker steht die Gemeinschaft im Vordergrund (ähnlich auch für die Kommunitaristen, siehe Walzer 1992) und diese gilt als Grundlage für die Stärke und Widerstandskraft einer Gesellschaft beziehungsweise auch eines Staates, während Egalitaristen der Auffassung sind, dass die einzelnen Individuen und deren Autonomie im Vordergrund stehen und eine Gesellschaft sich mit einem Minimalkonsens besser entwickelt, da die Einzelnen die Möglichkeit haben ihre eigenen Lebensziele oder Vorstellungen eines guten Lebens in einem höheren Maße zu verwirklichen. Allerdings können hierbei sowohl spezielle Bedürfnisse von Gruppen insbesondere Minderheitengruppen unterdrückt werden, als auch besondere Bedürfnisse oder Leistungen einzelner, die in einer Gesellschaft mit Minimalkonsens keine Anerkennung erhalten. Wenn es jedoch viele Gruppen gibt, die Sonderrechte erhalten, kann es wiederum zum Solidaritätsverlust und damit zur Fragmentierung der Gesellschaft führen.

An einem Wertequadrat lässt sich dieser Konflikt wie folgt darstellen:

Abbildung 4: Werte- und Entwicklungsquadrat zur Gerechtigkeitsproblematik



Dieses Werte- und Entwicklungsquadrat zeigt nun das grundlegende Spannungsfeld zwischen der Anerkennung von speziellen Bedürfnissen von Gruppen und der Vorstellung, Gerechtigkeit durch Gleichheit zu ermöglichen (vgl. hierzu auch Schnebel 2014).

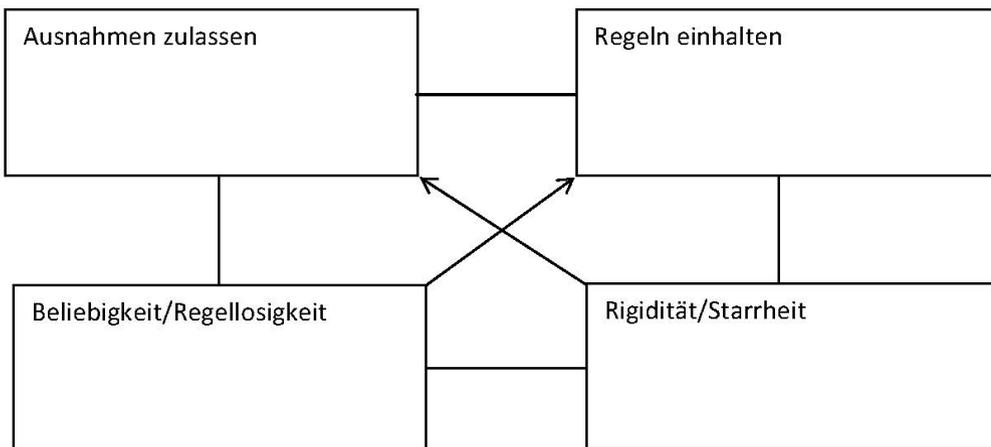
Sowohl eine Fragmentierung der Gesellschaft als auch eine Unterdrückung der Bedürfnisse von Randgruppen kann jedoch nicht integrierend wirken. Der Konflikt ist also prinzipiell unlösbar. Dennoch ist diese Betrachtungsweise auch für die Politik von Nutzen, da sie die notwendige Balance zwischen zwei legitimen Werten betont, die Gefahren der Verabsolutierung eines Wertes verdeutlicht, und die notwendige Korrektur (Entwicklungsrichtung) bei einer zu einseitigen Politik aufzeigt.

#### 4. Erfahrungen mit dem Werte- und Entwicklungsquadrat in der politischen Bildung

Erfahrungen mit dem Werte- und Entwicklungsquadrat wurden in der politischen Bildung bislang in Programmen der Akademie Führung und Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung in München und in einem Argumentationstraining gegen Politik(er)verdrossenheit gemacht, das in einem Forschungsprojekt von 2012-2016 in Kooperation mit Klaus-Peter Hufer<sup>3</sup> entwickelt wird (vgl. Boeser-Schnebel/Schnebel 2014). Das Training wendet sich gegen die vereinfachende und stereotypisierende Alltagsdiskussion bei der Auseinandersetzung über Demokratie, Politik und Politiker. Bei diesem Alltagsphänomen beginnend hat es das Ziel, die Wertschätzung für Demokratie und die Akteure in der Demokratie (insbesondere Politiker und engagierte Bürger) zu erhöhen. Der Ausgangspunkt ist ein defizitärer, das Ziel ein konstruktives, welches die Chancen und Möglichkeiten von Demokratie für Bürger und Politiker in ihrem professionellen wie alltäglichen Umfeld neu belebt.

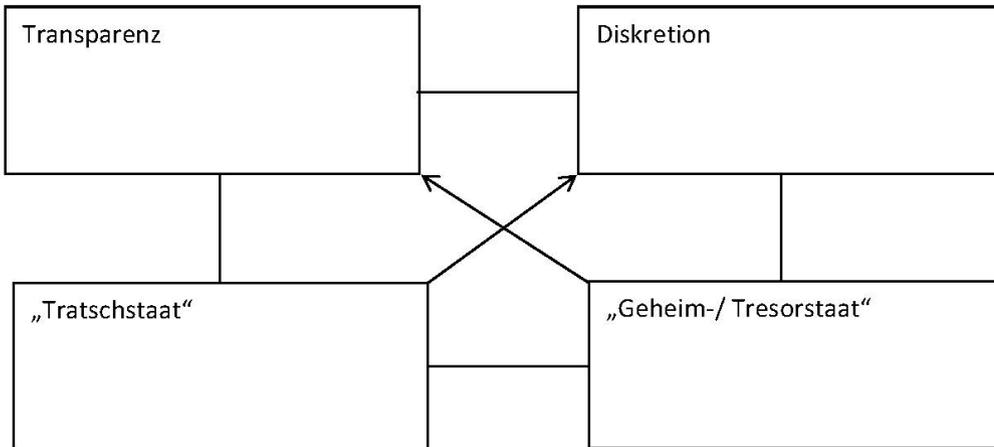
Das Werte- und Entwicklungsquadrat wurde im Rahmen des Argumentationstrainings in über 20 Praxiseinsätzen mit unterschiedlichen Zielgruppen eingesetzt.<sup>4</sup> Üblicherweise wird in dem Argumentationstraining nach einer kurzen Einführung beispielhaft ein für das Zusammenleben von Menschen grundlegendes Dilemma verdeutlicht, das Spannungsfeld zwischen „Ausnahmen zulassen“ versus „Regeln einhalten“.

Abbildung 5: Werte- und Entwicklungsquadrat zum Thema „Regeln“



Darauf aufbauend werden die Teilnehmer aufgefordert, Werte zu benennen, die für die Politik wichtig sein können. Im nächsten Schritt suchen sich die Teilnehmer in Partnerarbeit sie interessierende Werte und entwickeln von diesen ausgehend Werte- und Entwicklungsquadrate, die anschließend in der Lerngruppe vorgestellt und diskutiert werden. An einem Beispiel verdeutlicht: Ein häufig genannter Wert in Bezug auf Politik ist „Transparenz“. Eine Kleingruppe von Studierenden entwickelte von diesem Wert ausgehend das folgende Werte- und Entwicklungsquadrat:

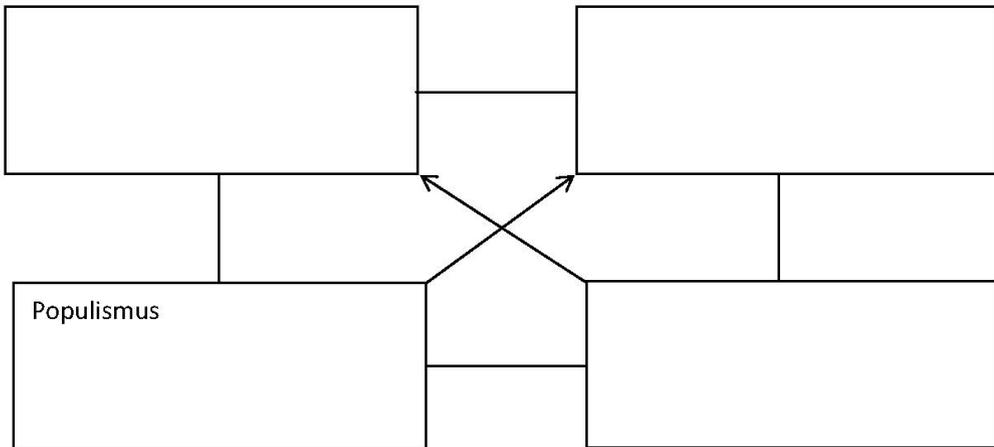
Abbildung 6: Werte- und Entwicklungsquadrat zum Thema „Transparenz“



In der sich anschließenden Diskussion in der gesamten Lerngruppe wurde die Problematik am Thema Verfassungsschutz und an den innerparteilich zermürbenden Auseinandersetzungen bei der damals noch populären Piratenpartei verdeutlicht. Ergänzt wurde in der Diskussion noch die Problematik, dass Politiker zum Teil, wie in der Bankenkrise 2008, gezwungen sind, sehr vorsichtig zu formulieren, da jede Äußerung von Nervosität der politischen Elite im Sinne einer self-fulfilling prophecy die Krise verschlimmern würde.

Ein nächster Lernschritt im Umgang mit den Werte- und Entwicklungsquadraten ist es, nicht von einem Wert auszugehen, sondern von etwas, was an Politik oder an Politikern kritisiert wird. Auch hier kann man kritikwürdige Beispiele sammeln und die Lernenden in Partnerarbeit oder in Kleingruppen bitten, sich einen Begriff auszuwählen, und von diesem ausgehend, ein Werte- und Entwicklungsquadrat zu zeichnen. Die Aufgabenstellung könnte dann bei dem an Politiker häufig geübten Vorwurf des „Populismus“ wie folgt aussehen:

Abbildung 7: Zu vervollständigendes Werte- und Entwicklungsquadrat zum Thema „Populismus“



Anders als bei den Übungen vorher befindet sich man sich hier zunächst nicht auf der Werteebene, sondern auf der Ebene der entwertenden Übersteigerung. Die Lernenden müssten also überlegen, was ist das „Positive“, das im Populismus steckt. Eine mögliche Antwort könnte „Sensibilität für Stimmungen in der Bevölkerung“ oder auch „Bürgernähe“ sein. Danach wird überlegt, welcher Spannungswert (Gegenwert) nötig ist, damit es eben nicht zur entwertenden Übertreibung kommt. Denkbar wäre hier beispielsweise der Wert „Überzeugungsbasierte Politik“, ein zweifellos wichtiger Wert, der aber in seiner entwertenden Übertreibung zu einer den Bürgern von der Politik entfremdenden „Basta-Politik“, die „alternativlos“ sei, führen würde, und fatal auch an Webers Gesinnungsethik erinnert.

Bei der Auseinandersetzung mit Werte- und Entwicklungsquadraten kann es im Lernprozess nicht darum gehen, die eine „richtige“ Lösung zu finden, die es auch nur selten geben wird. Vielmehr kann es für die Lerngruppe (und den Lehrenden) sehr anregend sein, sich zu einem Problemfeld mit ganz unterschiedlichen Werte- und Entwicklungsquadraten auseinanderzusetzen. Selbstverständlich können auf diese Weise politische Probleme nicht umfassend analysiert werden. Und damit besteht natürlich die Gefahr, dass ein Fokus auf Dilemmata zu einer reduktionistischen Sichtweise einlädt, was im Lernprozess entsprechend problematisiert werden muss.

## 5. Potenziale für die Politische Bildung

Für die politische Bildung kann die Auseinandersetzung mit Werte- und Entwicklungsquadraten einen großen Nutzen bringen, da Lernende sich des Stellenwerts von Konflikten in der Politik bewusst werden und erkennen, dass unterschiedliche Positionen in Politik und auch in anderen Bereichen des Lebens nicht negativ sein müssen, sondern zum einen unvermeidbar und zum anderen sogar als Bereicherung gesehen werden können. Ein Wertequadrat verdeutlicht die Konfliktlinien und die hinter verschiedenen Positionen stehenden legitimen Interessen.

Der Ansatz weist dabei durchaus eine Nähe zur Dilemma-Methode auf (Reinhardt 2013). Deren Ziel ist die „Ausbildung der moralisch-politischen Urteilskompetenz bei

den Schülern“ (May 2007, S. 49). Hierzu werden Schüler beispielsweise mit dem Dilemma konfrontiert, ob eine deutsche Firma zur Sicherung der Arbeitsplätze einer Laboranlage für Gifte in ein Land des Nahen Ostens exportieren soll. Moralisch heikel wird dieser Auftrag dadurch, dass bekannt ist, dass Oppositionelle durch Giftgas getötet worden sind. Reinhardt will durch dieses moralische Dilemma eine Brücke zum Politischen schlagen, und beispielsweise die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen für Exporte deutlich machen.

Der hier vorgestellte Ansatz mit den Wertequadraten ist jedoch ein anderer: Hier sollen explizit politische Dilemmata zum Thema gemacht werden, um damit die politische Urteilsfähigkeit der Lernenden zu erhöhen. Was kann, im Idealfall, mit diesem Ansatz erreicht werden (siehe hierzu auch das Unterrichtsbeispiel im Anhang)?

- Die Legitimität unterschiedlicher Wertvorstellungen wird verdeutlicht und stärker noch, es wird die Notwendigkeit eines Austausches über unterschiedliche, sich widersprechende Idealvorstellungen herausgearbeitet, was zentral für die Herausbildung einer zivilen Streitkultur ist (Bonacker 2009).
- Lernende werden damit konfrontiert, dass unterschiedliche politische Auffassungen nicht notwendigerweise auf die Begriffsstutzigkeit des Andersdenkenden zurückzuführen sind sondern darauf, dass es unterschiedliche Wertvorstellungen gibt (Reinhardt 2005, S. 130).
- Lernende können die Erfahrung machen, dass sich Dilemmata aus tagespolitischen Themen zu grundlegenden politischen Dilemmata verdichten lassen und können damit in eine Auseinandersetzung über den Kernbereich des Politischen eintreten (Sander 2007, S. 178ff).
- Lernende können erkennen, dass Politik ein niemals endender Prozess der Problemlösung ist und die „Nachbesserung“ von Gesetzen nicht zwingend auf die Ungeschicklichkeit von Politikern sondern auf die unauflösbare Dynamik im Problem zurückzuführen ist (vgl. hierzu auch das Modell des Politikzyklus bei Massing 1995).

Zugestanden werden muss selbstverständlich, dass viele politische Entscheidungssituationen nicht als Dilemma formulierbar sind, da es keine bipolare Entscheidungssituation mit zwei in etwa gleich wichtigen Werten gibt, sondern es z.B. um Konflikte um materielle Güter geht (diese lassen sich besser mit der Trade off-Systematik, der gegenläufigen Abhängigkeit, darstellen).

Wie die obigen Ausführungen gezeigt haben, lassen sich für die ausgewählten Beispiele aus verschiedenen Bereichen der Politikwissenschaft jedoch durchaus Wertequadrate entwickeln, die zwar nicht zwingend das Problem umfassend beschreiben, aber zumindest auf zentrale Spannungsfelder hinweisen. Die Gefahr des Reduktionismus ist also gegeben, doch die Lernenden werden sich dafür grundlegender unlösbarer Dilemmata bewusst.

Wenig ertragreich erscheint die Erweiterung hin zu tripolaren oder multipolaren Wertedarstellungen, da der lernintensive Moment ja gerade in der unauflösbaren Spannung zweier positiv besetzter Begriffe liegt. Und insbesondere in der Verdichtung von Wertequadraten, die sich auf tagespolitische Themen beziehen, hin zu solchen, die allgemeine politische Dilemmata zum Ausdruck bringen, liegen vielfältige Lernchancen zur Erhöhung der politischen Urteilsfähigkeit.

Das größte Potenzial von diesem Ansatz ist aber in der Stärkung einer zivilen politischen Streitkultur zu sehen. Die für Lernende oft überraschendste Erkenntnis aus der Auseinandersetzung mit Wertequadraten, liegt nämlich darin, eine wertschätzen-



## Literatur

- Boeser, Ch.; Schnebel, K. B.: Über „dumme Bürger“ und „feige Politiker“ – Streitschrift für mehr Niveau in politischen Alltagsgesprächen. Wiesbaden 2013.
- Boeser-Schnebel, Ch.; Schnebel, K. B.: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen zum Thema Politik. In: Lange, D.; Oeftering, T. (Hrsg.): Politische Bildung als lebenslanges Lernen. Schriftenreihe der GPJE. Band 13. Schwalbach / Ts. 2014, S. 171-181.
- Boeser-Schnebel, Ch.: Bekommen wir „politikverdrossene“ Lehrer? – Ergebnisse einer ersten empirischen Annäherung bei Lehramtsstudierenden. Gesellschaft • Wirtschaft • Politik 4 /2014, S. 491-503.
- Bonacker, Th.: Warum Gesellschaften Konflikte brauchen. Streitkultur in sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien. kursiv – Journal für Politische Bildung 3/09, 2009, S. 12-19.
- Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Freiheit. München 1963.
- Detjen, J.: Streitkultur: Konfliktursachen, Konfliktarten und Konfliktbewältigung in der Demokratie. Schwalbach / Ts. 2012.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Schwalbach / Ts. 2004.
- Hartmann, N.: Ethik. 1926.
- Helwig, P.: Charakterologie. Leipzig u. Berlin 1936.
- Hufer, K.-P.: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, 8. Aufl., Schwalbach/Ts. 2008.
- May, M.: Dilemma-Methode. In: Reinhardt, Sibylle; Richter, Dagmar (Hrsg.): Politik Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin 2007, S. 49-53.
- Massing, P.; Weißeno, G. (Hrsg.): Politik als Kern der politischen Bildung. Opladen 1995.
- Meyer, Th.: Werte. In: Weißeno, Georg (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung. Band 1. Schwalbach / Ts., 1999, S. 259-261.
- Rawls, J.: A Theory of Justice. Cambridge/Mass. 1972.
- Reinhardt, S.: Fehlverstehen und Fehler verstehen: Aus Fehlern lernen ist aktives Lernen. In: Himmelmann, G.; Lange, D. (Hrsg.): Demokratiekompetenz. 1. Auflage Wiesbaden 2005, S. 129-140.
- Reinhardt, S.: Ist soziales Lernen auch politisches Lernen? Gesellschaft • Wirtschaft • Politik 1/2009, S. 119-125.
- Reinhardt, S. (Hrsg.): Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin 2005.
- Reinhardt, S.: Von individuellen Wertedilemmata zu gesellschaftlichen Regeln: Möglichkeiten und Notwendigkeit der Verbindung von Werte- und politischer Bildung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 3/2013, S. 319-333.
- Sander, W.: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach / Ts. 2007.
- Schnebel, K.: Selbstbestimmung in multikulturellen Gesellschaften. Dargestellt am Beispiel Frankreich, Deutschland und Spanien. Wiesbaden 2003.
- Schnebel, K.: Selbstbestimmung oder Geschlechtergerechtigkeit. Wiesbaden 2014.
- Schulz von Thun, F.: Miteinander reden 2. Stile, Werte und Persönlichkeitsentwicklung. 20. Auflage. Reinbek bei Hamburg 2001.
- Sutor, B.: Politisch Lied – ein garstig Lied? 25 Essays zur politischen Ethik. Schwalbach / Ts. 2011.
- Taylor, Ch.: Die Politik des Multikulturalismus. Frankfurt am Main 1997.
- Thome, H.: Wertewandel in Europa aus der Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Joas, Hans; Wiegandt, Klaus (Hg.): Die kulturellen Werte Europas. 2. Aufl. Frankfurt am Main 2005, S. 386–443.
- Walzer, M.: Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1992.
- Wehling, H.-G.: Konsens à la Beutelsbach, In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179-180.



*Werner Heinz*

**(OHN-)MÄCHTIGE STÄDTE**  
in Zeiten der neoliberalen  
Globalisierung

2015 - 194 Seiten - 14,90 €  
ISBN: 978-3-89691-721-8

Sind Städte noch machtvolle Akteure oder kaum mehr als machtlos Getriebene? Können sie in die aktuellen Herausforderungen steuernd und kontrollierend eingreifen oder bedarf es eines tiefen Paradigmenwechsels, der nicht alleine die kommunale Ebene, sondern alle kommunal relevanten Akteure einbezieht?



*Ellen Bareis, Thomas Wagner (Hrsg.)*

**Politik mit der Armut**  
Europäische Sozialpolitik und  
Wohlfahrtsproduktion „von unten“

2015 - 344 Seiten - € 36,90  
ISBN: 978-3-89691-714-0

Die Widersprüche einer Armutspolitik „von oben“. Sowohl politische Prozesse der Produktion sozialer Ausschließung als auch die Anstrengungen von Menschen zur Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt der Analyse, Fragen nach sozialen und politischen Alternativen werden gestellt.

